



Presseschau vom 24.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Geworg Mirsajan: Desillusionierung des Westens über russische Militäroperation

Mit der Ankündigung der Referenden im Süden und Osten der Ukraine hat Russland seine Vorgehensweise in der Ukraine entschieden verändert. Zeit für den Westen, sich von Illusionen zu lösen und seine bisherige Strategie zu überdenken ...

<https://kurz.rt.com/37jc> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: Die USA wollen den Mond annektieren: Die Umgehung des "Weltraumvertrags"

Der Imperialismus der Amerikaner macht auch vor anderen Planeten nicht Halt. Mit dem "Artemis Accords" wird die Ausbeutung von Ressourcen und Sicherheitszonen auf dem Mond geregelt. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Weltraumvertrag von 1967, der untersagt, dass sich ein bestimmter Staat einen Himmelskörper aneignen kann. Doch das scheint den Amerikanern vollkommen egal zu sein. ...

<https://kurz.rt.com/37f4> bzw. [hier](#)

Jewgeni Norin: Vor 210 Jahren überließ Russland Moskau an Napoleon – und gewann trotzdem den Krieg

Das westliche Klischee besagt, dass auch der französische Feldherr und Kaiser Napoleon Bonaparte vom russischen "General Winter" besiegt wurde. Ganz so einfach war es in Wirklichkeit nicht. ...

<https://kurz.rt.com/37bn> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Corona-Rituale – Ein Mittel zum Verschleiern desaströser Gesundheits- und Wirtschaftspolitik?

Nicht ein Virus, sondern marktkonform zurechtgestutzte Kliniken und wirtschaftspolitischer Irrsinn gefährden die medizinische Versorgung der deutschen Bevölkerung. Mit neuen Corona-Regeln will die Regierung nun den Kollaps des Systems verhindern – den sie selbst verursacht hat. ...

<https://kurz.rt.com/37bs> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Doppelstandard im Westen: Orchestrierte Kampagne für Proteste und Mob-Gewalt in Iran

Mahsa in Iran und Zainab im Irak: zwei tote Frauen aus dem Nahen Osten. Während der Westen der ersten Frau mediale Aufmerksamkeit schenkt, ignoriert er den letzten Fall. Bei der Medienkampagne geht es sich nicht um Frauenrechte, sondern um die Schwächung Irans. ...

<https://kurz.rt.com/37kh> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:48 de.rt.com: Linke-Abgeordnete Gesine Löttsch nicht im Gremium zum Sondervermögen der Bundeswehr

Für den parlamentarischen Geschäftsführer der Linken Jan Korte ist die Nichtwahl der Linke-Abgeordneten in ein Gremium zum Sondervermögen der Bundeswehr ein Skandal. Die linke Fraktion hatte als einzige Oppositionsfraktion gegen dieses Vermögen gestimmt.

Die Linke-Abgeordnete Gesine Löttsch wurde nicht in das Gremium zum Sondervermögen der Bundeswehr gewählt. Dies habe laut ‚junge Welt‘ Kritik in der Linken-Fraktion hervorgerufen. Jan Korte, der erste parlamentarische Geschäftsführer, habe in einer Mitteilung vom Donnerstagabend von einem Skandal gesprochen, [berichtete](#) die jW am Freitag. Das Gremium "Bundeswehr-Finanzierungs- und -Sondervermögensgesetz" soll aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Bundestags rekrutiert werden. Vorgesehen wäre, dass das Verteidigungsministerium die Mitglieder über alle Fragen zum 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungsprogramm unterrichten solle. Für den parlamentarischen Linken-Geschäftsführer bestände der "Skandal erster Güte" darin, "dass mit der einzigen demokratischen Oppositionsfraktion, die gegen dieses Vermögen gestimmt hat, so umgegangen wird". Dafür gäbe es laut Korte keine Rechtfertigung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632dd5beb480cc04661dd3a1.jpg>

Dr. Gesine Löttsch, haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, 22.05.2022

20:19 de.rt.com: **"Nervös und hysterisch": Russischer Geheimdienst über Reaktion des Westens auf Donbass-Referenden**

Nach Angaben des Pressebüros des russischen Außengeheimdienstes sei die Reaktion der politischen Eliten der NATO und der EU auf die Referenden im Donbass "extrem nervös und hysterisch", berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Sie zitiert das Pressebüro wie folgt:

"Der Chef des russischen Außengeheimdienstes, Sergei Naryschkin, erklärte, dass die Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson über den Beitritt zu Russland, die am 23. September begonnen haben, nach Informationen des Außengeheimdienstes eine äußerst nervöse, ja hysterische Reaktion in der NATO und der Europäischen Union hervorrufen."

Naryschkin sieht den Grund für diese Reaktion in der Eigenart der westlichen Eliten, die "den Volkswillen" hassen. Sie spiegele auch die unterschwellige Angst der westlichen Eliten wider, die die Macht "unter Umgehung demokratischer Verfahren" an sich gerissen haben, diese Macht "im Falle einer direkten Willensbekundung der Bevölkerung" zu verlieren. Laut Naryschkin habe das Referendum in Katalonien im Jahr 2017 die gleiche Reaktion hervorgerufen, ebenso wie die Versuche Schottlands, ein erneutes Referendum über die Unabhängigkeit der Region zu organisieren. Man fürchte aber aus gutem Grund um die Macht, denn:

"Die Macht über das 'vereinte Europa' wurde von ehemaligen Gynäkologen, Kunstturnern und mittelmäßigen Schriftstellern an sich gerissen. Der Ton wird von - wie es der glühende Verfechter des Brexits Nigel Farage treffend formulierte - Beauftragten mit 'dem Charisma eines Putzlappens' angegeben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632db64ab480cc0501509ae3.jpg>

Sergei Naryschkin

20:42 de.rt.com: **Direkt an der Frontlinie: Soldaten der Volksmilizen stimmen beim Referendum ab**

Soldaten der Volksmilizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) stimmen beim Referendum direkt an der Front ab. Dafür seien mobile Wahlkommissionen eingerichtet worden. Dies [berichtet](#) der Pressedienst der Volksmiliz der DVR auf seinem Telegram-Kanal. Ein Mitglied der Wahlkommission, Wasili Grusi, sagte dazu:

"Heute, am 23. September 2022, wurden in der DVR mobile Wahlkommissionen eingerichtet, damit alle Militärangehörigen an dem Referendum teilnehmen können. Das Referendum wird in Übereinstimmung mit allen internationalen Regeln durchgeführt. Die Soldaten sind gut gelaunt, alles läuft nach Plan."

Ein Soldat der Volksmiliz der LVR sagte über diesen Tag:

"Dieser Tag ist sehr wichtig für mich, meine Kampfkameraden und meine ganze Familie. Wir haben sehr lange auf diesen Tag gewartet – acht lange Jahre. Es ist ein großer Tag – ohne Übertreibung."

Auf dem [Video](#), das die Volksmiliz der LVR veröffentlichte, ist der Abstimmungsprozess beim Referendum zu sehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632dedaab480cc04661dd3ac.jpg>

g

Ein Soldat der Volksmiliz der LVR stimmt in Lugansk bei einem Referendum zum Beitritt zu Russland ab

20:44 de.rt.com: **"Politico": Westen zögert mit Lieferung von modernen Kampfpanzern an die Ukraine**

Kiew will M-1 Abrams aus den USA und Leopard-Panzer aus Deutschland, doch die besagten westlichen Länder würden wohl zögern. Wie aus einem Bericht der Plattform "Politico" hervorgeht, müssten mit der Lieferung der Panzer auch Herausforderungen wie Wartung und Betrieb folgen.

Der Westen "zögert" mit der Lieferung von hochwertigen Kampfpanzern an die Ukraine inmitten des Konflikts mit Russland, berichtete Politico am Donnerstag. Mit Berufung auf verschiedene Gesprächspartner schreibt die Zeitung, die Lieferung dieser westlichen Rüstungsgüter würde demnach eine Reihe von technischen Problemen mit sich bringen. Politico zitiert US-Beamte, ukrainische Berater und Berater des Kongresses mit der Aussage, dass Kiew dringend M-1 Abrams aus amerikanischer Produktion und Leopard 2-Panzer deutscher Hersteller für eine neue Offensive gegen Russland benötige. Die Verantwortlichen in beiden Ländern zögerten jedoch, die Lieferungen aufgrund von Ausbildungs- und Logistikproblemen zu bewilligen.

"Das sind keine Mietwagen, da gehören viele Dinge dazu", [sagte](#) etwa Generalleutnant a. D. Ben Hodges, ehemaliger Befehlshaber der US-Armee in Europa, und fügte hinzu, dass "Hunderte von zusätzlichen Dingen" die Panzer begleiteten. Zwar würden die Panzer westlicher Bauart die Kiewer Panzertruppe "in Bezug auf Reichweite, Geschwindigkeit und Feuerkontrolle" erheblich verstärken, so Hodges, doch würden sie laut dem ehemaligen Befehlshaber auch eine "erforderliche Ausbildung" und "logistischen Aufwand" mit sich bringen. Demnach könne "eine M-1-Division" bis zu 600.000 Gallonen Sprit pro Tag verbrauchen. Er warnte, dass dies als Folge "die Bewegungsfreiheit der ukrainischen Streitkräfte" beeinträchtigen könnte.

Politico wies im Bericht darauf hin, dass sich die US-Panzer völlig von den Tanks aus der Sowjet-Ära unterscheiden würden, die die Streitkräfte Kiews verwendet haben. Ein nicht namentlich genannter US-Beamter sagte der Online-Zeitung, es sei schwierig, der Ukraine nicht nur die Panzer, sondern auch die Teile für deren Wartung zu schicken. Er betonte: "Man will ihnen nicht etwas geben, das kaputt geht und keinen Sprit mehr hat, so dass sie es nicht auftanken können."

Dem Beamten zufolge stellten sich die deutschen Leopard-Panzer als weniger problematisch dar, da sie jenen Panzern ähnelten, die Kiew bereits einsetzt, und nicht so viel Treibstoff verbrauchten wie die Abrams.

Anfang des Monats hatte Berlin jedoch die Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine abgelehnt. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erklärte damals, dass kein anderes Land Panzer oder Schützenpanzer aus westlicher Produktion an Kiew geliefert habe und Deutschland hier "nicht im Alleingang eine solche Entscheidung treffen wird".

Deutschland hat die Ukraine mit anderen Rüstungsgütern unterstützt, darunter Stinger-Flugabwehrraketensysteme, Panzerhaubitze 2000 und Gepard-Flugabwehrpanzer.

Die USA ihrerseits haben der Ukraine seit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden bisher rund 16 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe zugesagt und Kiew bereits große Mengen an militärischer Ausrüstung geliefert, darunter Javelin-Panzerabwehrraketen, HIMARS-Raketenwerfer, Dutzende von Haubitzen und Hunderte von Drohnen.

Moskau hat bei zahlreichen Gelegenheiten angeführt, dass die Waffenlieferungen Washingtons und seiner Verbündeten den Konflikt in der Ukraine nur verlängern und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland erhöhen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632dab5a48fbef77c24f95b4.jpg>

Militärpersonal entlädt einen M-1 Abrams-Panzer im Hafen von Bremerhaven, 21. Februar 2020

21:11 de.rt.com: **Russischer Botschafter Antonow: Aufgabe der USA besteht in Zerstückelung Russlands**

Der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Antonow, hat am Freitag auf einer Konferenz zum 60. Jahrestag der Kubakrise erklärt, dass Washington es sich zur Aufgabe gemacht habe, Russland zu zerstückeln und es seiner Atomwaffen und seines Sitzes im UN-Sicherheitsrat zu berauben. Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti [veröffentlichte](#) seine Erklärung wörtlich:

"Jetzt hat sich Washington die Aufgabe gestellt, Russland zu stürzen, es in die Knie zu zwingen, oder besser noch, es zu zerstückeln, sodass es mehrere getrennte Fürstentümer auf unserem Territorium gäbe, und uns natürlich unserer Atomwaffen und unseres rechtmäßigen Sitzes als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu berauben."



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632db8d0b480cc04661dd37e.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632db8d0b480cc04661dd37e.jpg)

[g](#)

Russlands ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister und jetzt amtierender Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Antonow

21:23 de.rt.com: **CNN: Die USA erpressen Indien, die Zusammenarbeit mit Moskau zu beenden**

Die USA üben Druck auf Indien aus, um das Land davon abzubringen, mit Russland zusammenzuarbeiten. Das hat CNN unter Berufung auf einen Beamten des US-Außenministeriums berichtet. Der Quelle zufolge versucht Washington, Indiens Waffen- und Energieimport "zu diversifizieren".

Die Vereinigten Staaten führen "ernsthafte" Gespräche mit Indien über dessen "Abhängigkeit"

von russischen Waffen und Energie, [berichtet CNN](#) unter Berufung auf einen Beamten des US-Außenministeriums.

"Indien ist sehr stark von Russland abhängig, und das schon seit 40 Jahren: erst die militärische Abhängigkeit und dann die Abhängigkeit im Energiebereich. (...) Wir führen ernsthafte Gespräche mit Indien, um ihnen bei der Suche nach Diversifizierungsmöglichkeiten zu helfen", sagte der Beamte dem Sender.

Er fügte hinzu, dass Russland angeblich "kein verlässlicher Waffenlieferant mehr" sei und dass Indien allmählich "begreifen" werde, dass "es echte Vorteile hätte", wenn es andere Lieferanten fände, zitiert CNN den namentlich nicht genannten Insider.

Die Äußerungen des Sprechers des Außenministeriums fielen Stunden vor der Ankündigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, russische Bürger teilweise zu mobilisieren. Es ist unklar, welchen Einfluss der russische Präsident auf die indische Position zu der Spezialoperation in der Ukraine haben wird. Seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine hat Indien versucht, einen Mittelweg zwischen Moskau und den westlichen Ländern zu finden, indem es eine Verurteilung des Landes, das nach wie vor sein größter Waffenlieferant ist und zu dem es seit dem Kalten Krieg Beziehungen unterhält, weitgehend vermieden hat. CNN weist auch darauf hin, dass Indien zusammen mit den USA, Japan und Australien Mitglied des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs ist.

Indien hat bisher dem Druck des Westens widerstanden, die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes zu Russland zu kappen. Neu-Delhi hat seine Käufe von russischem Öl, Kohle und Düngemitteln sogar erhöht und bei den Vereinten Nationen wiederholt nicht für den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat gestimmt, sondern zu "Dialog und Diplomatie" aufgerufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632dc3d4b480cc04661dd38f.jpg>

Narendra Modi (l.) und Wladimir Putin (r.) am 16. September 2022 in Samarkand

21:39 de.rt.com: **Finnland: Grundsätzliche Entscheidung über Einreiseverbot für Russen getroffen**

Die finnischen Behörden haben eine "grundsätzliche Entscheidung" getroffen, die Einreise ins Land für Russen erheblich zu beschränken. Dies [teilte](#) das Präsidialamt des Landes am Freitag mit. Die Entscheidung wurde "aufgrund einer schwerwiegenden Schädigung der internationalen Position Finnlands" getroffen, heißt es in der Erklärung.

Die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) berichtete, dass Finnland die Einreise für russische Touristen in den kommenden Tagen einschränken werde. Dabei dürften Russen nur ihre Freunde und Verwandten besuchen. Die Durchreise für Russen mit Schengen-Visa werde verboten.

22:07 de.rt.com: **Ausländischer Beobachter stellt Legitimität und keine Verstöße beim Referendum in Donezker Volksrepublik fest**

Ein italienischer Beobachter hat die Legitimität und keine Verstöße während des Referendums in der Volksrepublik Donezk festgestellt. Dies sagte er während eines Briefings der zentralen Wahlkommission der DVR am Freitag. TASS zitiert seine [Erklärung](#) wörtlich:

"Ich habe keine Rechtsverletzungen gesehen, es gab freien Zugang für Beobachter. Außerdem konnte ich fotografieren. Niemand hat gesagt, dass es verboten ist, Fotos zu machen. Die Menschen waren da, sie kamen und stimmten ab. Meiner Meinung nach war es legitim."

Rund 130 ausländische Beobachter aus 26 Ländern beobachteten den Abstimmungsprozess beim Referendum über den Beitritt der Volksrepublik Donezk (DVR) zu Russland. Unter ihnen sind Vertreter Russlands, Venezuelas, Italiens, Rumäniens, Togos und Südafrikas.

22:23 de.rt.com: **Zusammenfassung des ersten Tages des Referendums (23. September)**

Nach Angaben der russischen Nachrichtenagenturen TASS und RIA Nowosti verlief der erste der fünf Tage des Referendums wie folgt: Etwa 130 ausländische Beobachter aus Russland, Venezuela, Italien, Rumänien, Togo und Südafrika überwachten den ganzen Tag lang die Abstimmung in der Volksrepublik Donezk. Im Gebiet Cherson waren Beobachter aus den USA und Frankreich beim Referendum anwesend.

Die vorläufige Wahlbeteiligung beim Referendum im Gebiet Saporoschje betrug 20,52 Prozent, in der Volksrepublik Lugansk hingegen 21,97 Prozent. Das heißt, etwa 298.900 Wahlberechtigte haben in der LVR abgestimmt. Zudem betrug die Wahlbeteiligung im Gebiet Cherson 15,31 Prozent und in der Volksrepublik Donezk am ersten Referendumstag 23,64 Prozent. Das bedeutet, mehr als 370.000 Menschen haben ihre Stimme abgegeben. Im Video, das [RIA Nowosti](#) veröffentlichte, kann man sehen, wie die Abstimmung im Gebiet Cherson verlief.

In Städten in ganz Russland versammelten sich Menschen zur Unterstützung der Referenden. Veranstaltungen fanden in Kaliningrad, Wologda, Archangelsk, Murmansk, Simferopol und vielen anderen Orten statt. Im Zentrum von Moskau versammelten sich etwa 50.000 Menschen. In der Hauptstadt Tschetscheniens, Grosny, waren ebenfalls rund 50.000 Menschen anwesend. In Sankt Petersburg nahmen etwa 9.000 Menschen an dieser Aktion teil, in Krasnodar versammelten sich 15.300 Russen auf dem Hauptplatz. Auf den [Fotos](#), die RIA Nowosti veröffentlichte, ist die Versammlung zur Unterstützung der Referenden zu sehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632e065748fbef7e0c2e5088.jpg>

Einwohner der Stadt Simferopol versammelten sich, um ihre Unterstützung für die Volksentscheide in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sowie in den

Gebieten Cherson und Saporoschje zum Ausdruck zu bringen.

22:36 de.rt.com: **Polen, Balten und Irland wollen mehr russische Banken von SWIFT ausschließen**

Polen und das Baltikum haben mit Irland einen überraschenden Unterstützer gefunden und fordern massivere Sanktionen gegen den Bankensektor Russlands. Die EU-Kommission plant in der kommenden Woche ein neues, achtes Sanktionspaket. Noch ist unklar, ob die Forderungen der fünf Länder berücksichtigt werden.

In den Verhandlungen über ein achtes Sanktionspaket der EU gegen Russland dringen Polen, die baltischen Staaten und Irland auf weitere Strafmaßnahmen gegen russische Banken. Unter anderem sollten die Gazprombank, die Alfa Bank und die Rosbank vom Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift ausgeschlossen werden, heißt es in einem Vorschlag der fünf Länder für weitere Sanktionen. Das neunseitige Papier, das der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vorliegt, soll in die Vorbereitungen der EU-Kommission für weitere Strafmaßnahmen einfließen.

Die EU-Staaten hatten sich nach der angekündigten russischen Teilmobilisierung darauf verständigt, so schnell wie möglich und in Abstimmung mit den internationalen Partnern weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

"Wir werden neue restriktive Maßnahmen sowohl auf persönlicher als auch auf sektoraler Ebene ergreifen", sagte der Außenbeauftragte Josep Borrell.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte unter anderem zusätzliche Exportkontrollen für zivile Technologie als mögliche Erweiterung der bisheriger Sanktionen. Ihre Behörde wird in den kommenden Tagen in Brüssel sogenannte "Beichtstuhlgespräche" mit Vertretern der EU-Staaten führen, um deren Prioritäten auszuloten. Anschließend dürfte sie einen Vorschlag für ein Sanktionspaket vorlegen, über den die EU-Staaten dann verhandeln müssen. Teil des Vorschlags könnte unter anderem auch ein Preisdeckel auf Importe von russischem Öl sein, für den sich bereits die G7 wirtschaftsstarker Demokratien starkmachen. Dadurch soll Russland weniger an seinem Öl verdienen. EU-Sanktionsbeschlüsse müssen einstimmig von allen 27 Mitgliedstaaten gefasst werden.

In dem Vorschlag Polens, der baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland sowie Irlands heißt es nun, die Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Kernenergie solle verboten werden. Zudem dringen die Länder – mit einer angemessenen Übergangsfrist – auf ein komplettes Einfuhrverbot von Gas aus Russland. Auch solle es verboten werden, Immobilien in der EU an Russen sowie russische Einrichtungen zu verkaufen sowie Diamanten aus Russland in die EU einzuführen.

Insbesondere die Strafmaßnahmen gegen den russischen Energiesektor dürften in Ungarn für Widerstand sorgen, das stark von russischem Gas abhängig ist. Auch arbeitet dieses osteuropäische Land wie Frankreich bei der Atomenergie mit Russland zusammen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632dd3c2b480cc068074dbfa.jpeg>
g

Neu in den Reihen der Erzurussophoben: Irland

22:47 de.rt.com: **USA sind nicht vertragsfähig - Russischer Vizeaußenminister**

Die Vereinigten Staaten seien "im Prinzip" nicht vertragsfähig, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow auf einer Konferenz zum 60. Jahrestag der Kubakrise. Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, äußerte er, die Beziehungen zwischen Russland und den USA befänden sich derzeit "in einem extrem schlechten Zustand, etwa auf Nullniveau", und betonte:

"Amerika ist prinzipiell nicht zur Zusammenarbeit fähig und drängt Kiew gemeinsam mit London und einer Reihe anderer NATO-Metropolen direkt zu einem Militäreinsatz auf unserem Territorium, mit der Absicht, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, um Russland eine, wie sie es nennen, 'strategische Niederlage' zuzufügen. Auch eine nukleare Erpressung ist im Gange."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632dcadc48fbef7914647d91.jpg>

Sergei Rjabkow

vormittags:

7:00 de.rt.com: Biden verspricht schärfere Sanktionen als Reaktion auf pro-russische Referenden im Donbass und Südukraine

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten werden sich dafür einsetzen, dass Russland als Reaktion auf die laufenden Referenden zusätzliche rasche und starke wirtschaftliche Kosten entstehen. Das verkündete US-Präsident Joe Biden in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung. Er betonte:

"Die Vereinigten Staaten werden ukrainische Gebiete niemals als etwas anderes als einen Teil der Ukraine anerkennen. Die russischen Referenden sind ein Schwindel, ein falscher Vorwand für den Versuch, Teile der Ukraine gewaltsam zu annektieren, was eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, einschließlich der UN-Charta, darstellt."

"Wir werden mit unseren Verbündeten und Partnern zusammenarbeiten, um zusätzliche schnelle und starke wirtschaftliche Kosten für Russland zu schaffen."

Darüber hinaus werde Washington Kiew auch weiterhin militärische Hilfe leisten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632e855d48fbef7914647dc0.jpg>
g

7:42 de.rt.com: DVR-Chef Puschilin: Kiews Propaganda über das Referendum richtet sich an westliches Publikum

Die Propaganda Kiews über die angeblichen "Verstöße" beim Referendum über den Beitritt der Donezker Volksrepublik (DVR) zu Russland richte sich an das westliche Publikum. Dies erklärte Denis Puschilin, der Oberhaupt der DVR, am Freitag. Er sagte laut [TASS](#):

"Und die ukrainische Propaganda gehört zu deren Repertoire: Sie erzählt, dass Menschen mit Waffengewalt [beim DVR-Referendum] dazu gezwungen werden, abzustimmen, wie die Ergebnisse gefälscht werden. Wir sollten dem keine Beachtung schenken. Es ist alles auf das westliche Publikum zugeschnitten. Das hat absolut nichts mit uns zu tun, und wir alle verstehen und sehen alles."

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik fügte hinzu, dass die Beteiligung am ersten Tag des Referendums in der Republik höher sei als erwartet. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission der DVR lag die Wahlbeteiligung am Freitag bei 23,64 Prozent.

8:04 de.rt.com: Ungarn lehnt Idee von Sanktionen gegen Gazprom und Rosatom ab

Budapest werde einer möglichen Aufnahme der russischen Energieunternehmen Rosatom und Gazprom in die Sanktionslisten des Westens niemals zustimmen. Das erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó gegenüber RIA Nowosti. Er sagte:

"Ich kann ganz offen über dieses Thema sprechen, denn Sie sind nicht die Ersten, denen ich das sage: Wir werden niemals zustimmen, Rosatom oder Gazprom auf die Sanktionsliste zu setzen. Und wir werden niemals zustimmen, Sanktionen gegen ein Unternehmen zu verhängen, das für uns in Bezug auf die Energieversorgung wichtig ist."

Wie der ungarische Außenminister betonte, betrachte Budapest Energielieferungen aus Russland als eine Frage der nationalen Souveränität. Er fügte hinzu:

"Daher kann jeder in Europa sicher sein, dass wir niemals Sanktionen zustimmen werden, die unsere Investitionen im Nuklearsektor gefährden würden. Wenn Rosatom Beschränkungen unterliegt, wird unser Projekt [Bau des AKW Paks] eingestellt. Wollen wir das? Nein. Würden wir also unsere Zustimmung geben, wenn eine solche Initiative ergriffen wird? Nein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632e89acb480cc055f69fae8.jpg>

Péter Szijjártó

8:35 de.rt.com: **Selenskij unterzeichnet Erlass zur Einrichtung von 20 Militärverwaltungen im Gebiet Lugansk**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij unterzeichnete am Freitag einen Erlass über die Einrichtung von 20 Militärverwaltungen in Ortschaften in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorien des Gebietes Lugansk.

Laut dem auf der Webseite des ukrainischen Präsidenten veröffentlichten Dokument sollen in Ortschaften wie Staniza Luganskaja, Schirokei, Markowka und Nowoposkow ländliche Militärverwaltungen eingerichtet werden.

Selenskij wies den Generalstab der ukrainischen Streitkräfte und die regionalen Behörden an, alle erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung der Verwaltungen zu ergreifen.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident einen ähnlichen Erlass über die Einrichtung von 15 Militärverwaltungen in Siedlungen im Gebiet Cherson unterzeichnet, deren Gebiet seit März unter russischer Kontrolle steht.

8:57 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister fordert: Direkter Konflikt zwischen Russland und NATO muss verhindert werden**

Budapest sei der Ansicht, dass das Wichtigste in dieser Phase ist, eine Eskalation der Spannungen zwischen Russland und der NATO in eine offene militärische Konfrontation zu vermeiden, deren Folgen keine der beiden Seiten braucht. Das verkündete der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einem Interview mit [RIA Nowosti](#). Er stellte fest:

"Wenn Sie mich fragen, ist es im Moment die wichtigste Aufgabe, einen direkten Konflikt zwischen Russland und der NATO zu vermeiden, denn das würde zu Konsequenzen führen, die keine der beiden Seiten will."

Der ungarische Außenminister gab zu, dass er, wie viele andere seiner Generation, früher gehofft hatte, den Krieg, der seine Eltern heimgesucht hatte, nie zu erleben.

"Und diese Erwartung hat sich Ende Februar als eine Illusion herausgestellt. Wir wollen die Existenz des Planeten nicht gefährden, denn ein Ende des direkten Konflikts zwischen der NATO und Russland ist nicht in Sicht, und jeder weiß, was das bedeutet. Deshalb ist es bei jedem Treffen mit unseren NATO-Kollegen unsere wichtigste Aufgabe, einen Konflikt zwischen Russland und der NATO zu verhindern."

9:00 Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters des Volksmiliz der LVR, Hauptmann I.M. Filiponko am 24.09.2022**

Am vergangenen Tag erlitt der Feind während der aktiven Offensivoperationen der Einheiten der Volksmiliz der LVR schwere Verluste an Arbeitskräften und militärischer Ausrüstung. Vernichtet wurden:

- bis zu 30 Kämpfer;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 5 Einheiten von Spezialfahrzeugen.

Der Feind beschießt weiterhin zivile Infrastruktureinrichtungen in LVR-Siedlungen.

Am vergangenen Tag haben die bewaffneten Formationen der Ukraine auf die Siedlungen **Stachanow, Rubeshnoje, Swatowo und Altschewsk** mit dem amerikanischen MLRS M142 HIMARS **beschossen** und 24 Raketen abfeuert.

Infolge des Beschusses wurden:

- in Stachanow die Räumlichkeiten des Kultur- und Unterhaltungszentrums „Nika“ im Stadtpark „Gornjak“ beschädigt;
- in Rubishnoje 2 Wohnhäuser beschädigt;
- und in Swatowo ein Getreidespeicher und 2 Autos beschädigt.

Informationen über Opfer und weitere Schäden werden noch gesammelt. Das friedliche Leben wird in den von ukrainischen Nationalisten befreiten Gebieten der Volksrepublik Lugansk wiederhergestellt:

Ingenieur- und Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Am 23. September säuberten sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Gegenständen, die ukrainische Nationalisten in den Gebieten der Siedlungen Nishnoje und Bobrowo zurückgelassen hatten.

Die Streitkräfte der Volksmiliz der LVR leisten zusammen mit öffentlichen Organisationen humanitäre Hilfe für die Bewohner dieser Gebiete.

10:31 (9:31) Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 10.30 Uhr 24.09.2022**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiterhin die Zivilbevölkerung der Republik und verübt massive Artillerieangriffe auf Wohngebiete und zivile Infrastruktur, die keine militärischen Einrichtungen sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Angaben der Repräsentanz der DVR im GZKK 251 Geschosse aus BM-21 Grad-Merhfachraketenwerfern, Panzern und Kanonenartillerie mit einem Kaliber von 155, 152 und 122 mm abgefeuert.

Das Feuer wurde auf die Gebiete von 11 Ortschaften der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses wurden **2 Zivilisten getötet und 2 verletzt**. 7 Wohnbauten und eine Einrichtung der zivilen Infrastruktur wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an der Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Aktionen der Einheitender Volksrepublik Donezk und der Streitkräfte der Russischen Föderation die folgenden feindlichen Waffen und militärische Ausrüstung zerstört: 1 Schützenpanzer, 3 Drogen, 5 Einheiten von Kraftfahrzeugen und Spezialausrüstung. Die Verluste unter dem feindlichen Personal beliefen sich auf mehr als 50 Personen.

Derzeit werden Arbeiten durchgeführt, um die Antipersonenminen PFM-1 "Schmetterling" zu räumen. Wir bitten Sie, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und die Kontrolle über Kinder zu stärken.

9:33 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk und Gorlowka**

Die ukrainischen Streitkräfte haben Donezk und Gorlowka mit Geschützen vom NATO-Kaliber beschossen. Dies [teilte](#) die Vertretung der Volksrepublik Donezk (DVR) beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine laut RIA Nowosti mit.

Kiews Truppen eröffneten um 6:10 Uhr das Feuer auf Gorlowka und feuerten fünf 155-Millimeter-Granaten ab. Anderthalb Stunden später, um 7:40 Uhr, geriet der Stadtteil Kiewski in Donezk unter Beschuss. Dort schlugen Berichten zufolge drei 155-Millimeter-Granaten ein.

Darüber hinaus beschoss die ukrainische Armee um 7:30 Uhr und 7:45 Uhr das Viertel Petrowski von Donezk mit 152-Millimeter-Geschützen (insgesamt elf Granaten) und um 8:10 Uhr den Kuibyschewski-Bezirk mit drei Granaten des NATO-Kalibers.

10:04 de.rt.com: **"Die unsrigen lassen wir nicht im Stich" – Aktion findet Russlandweit statt**

In mehreren Städten Russlands versammeln sich Menschen zu [Massenkundgebungen](#) unter dem Motto "Die Unsrigen lassen wir nicht im Stich". Sie drücken damit ihre Solidarität mit den Einwohnern der Regionen aus, in denen jetzt über den Beitritt zu Russland abgestimmt wird. Auf dem Manege-Platz in Moskau, direkt am Kreml, nahmen etwa 50.000 Menschen an einer dieser Demos teil.

Überall sind russische Flaggen und die Georgs-Band-Flaggen zu sehen. Das Sankt-Georg-Band ist heute ein Symbol, das für den Sieg über den Nationalsozialismus im Großen Vaterländischen Krieg steht. Die Kundgebungen haben auch den Osten von Russland erreicht. Beispielsweise die Stadt Wladiwostok, die mehr als 8.000 Kilometer von Moskau entfernt ist. Die Teilnehmer der Kundgebungen in Saratow und Wladiwostock drückten ihre Verbundenheit mit den Menschen im Donbass aus.



<https://thumbs.odycdn.com/a863fc936842dc501353849558a35f59.webp>

10:26 de.rt.com: **Ukraine feuerte am ersten Tag des Referendums 24 HIMARS-Raketen auf Volksrepublik Lugansk**

Kiew hat am ersten Tag des Referendums 24 HIMARS-Raketen auf die Volksrepublik Lugansk (LVR) abgefeuert. Dies teilte der Leiter der LVR-Vertretung in Moskau, Rodion Miroschnik, laut [RIA Nowosti](#) mit.

Seinen Angaben zufolge schätzt die LVR das Wahlergebnis als gut ein, da die überwiegende Mehrheit der Menschen nicht nur auf dem Gebiet der LVR, sondern auch außerhalb teilnehmen konnte. Er stellte fest:

"Das Einzige, das als Druck gewertet werden kann, ist der Wunsch der Ukraine, das Referendum zu stören. In den vergangenen Tagen wurden 24 HIMARS-Raketen auf die Volksrepublik Lugansk abgefeuert."

10:42 de.rt.com: **Hoher Krim-Beamter: Westen muss sich mit der neuen Weltordnung arrangieren**

Die westlichen Länder sollten sich mit der neuen Weltordnung abfinden, in der dem russischen Staat die Rolle eines der Weltzentren zugewiesen wird. Dies erklärte der ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten, Georgi Muradow, in einem Gespräch mit [RIA Nowosti](#). Er hob hervor:

"Unsere Gegner müssen begreifen, dass es nicht möglich sein wird, eine neue Weltordnung ohne Russland aufzubauen, ohne seine nationalen Interessen zu berücksichtigen. Das beweisen wir unseren ehemaligen Partnern, die sich immer noch nicht mit unserer Rolle als eines der Weltzentren abfinden können."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632e905ab480cc055f69faef.jpg>

Georgi Muradow

10:45 de.rt.com: **Wegen Drohnen-Lieferungen an Russland: Ukraine weist iranischen Botschafter aus**

Kiew hat Irans Botschafter nach einem Drohnenangriff auf Odessa die Akkreditierung entzogen. Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen am Freitag ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben.

Die ukrainische Regierung hat dem iranischen Botschafter in Kiew wegen der Lieferung von Kampfdrohnen an Russland die Akkreditierung entzogen. Das teilte das ukrainische Außenministerium am Freitag mit. Der Botschafter kann damit seinen Verpflichtungen im Gastland nicht mehr nachkommen und muss der diplomatischen Praxis folgend wohl nach Teheran zurückkehren. Zudem müsse die iranische Botschaft in Kiew ihr diplomatisches Personal "erheblich" reduzieren.

"Russland Waffen zu liefern, um Krieg gegen die Ukraine zu führen, ist ein unfreundlicher Akt, der den Beziehungen zwischen der Ukraine und Iran einen schweren Schlag versetzt", heißt es in einer Erklärung auf der Webseite des Außenministeriums. Der Botschafter Irans, Manouchehr Moradi, hält sich derzeit nicht in der Ukraine auf.

Zuvor waren bei einer russischen Operation mit iranischen Drohnen auf die Hafenstadt Odessa nach ukrainischen Angaben Ziele angegriffen worden.

Die ukrainische Luftabwehr habe eine Drohne iranischer Bauart vom Typ Schahed 136 über dem Meer abgeschossen, behauptete das ukrainische Militär. Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen am Freitag ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben.

Iran hat sich längst zu einem wichtigen Hersteller von Kampfdrohnen auf der Welt entwickelt, zum Teil durch den Nachbau von US-Kampfdrohnen. So hatte Teheran im Jahr 2011 eine US-Tarnkappendrohne RQ-170 Sentinel gekapert, untersucht und nachgebaut, als diese Drohne aus Kandahar kommend in den iranischen Luftraum eingedrungen und von der iranischen Armee erfolgreich zur Landung dirigiert worden war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ea996b480cc509350b9ba.jpg>
Shahed-129

11:18 de.rt.com: **Estland: Einwohner kaufen Stromerzeuger auf**

Die Esten kaufen aktiv Stromgeneratoren, nachdem Ministerpräsidentin Kaja Kallas vor möglichen baldigen Stromversorgungsproblemen gewarnt hat. Das [berichtete](#) der staatliche estnische Rundfunk ERR am Freitag.

Die Regierungschefin soll am Donnerstag die Bevölkerung aufgerufen haben, sich auf mögliche Stromprobleme vorzubereiten, falls Russland Estland, Lettland und Litauen von seinem Energiesystem abkoppeln sollte.

Bei der großen Einzelhandelskette Bauhof waren am Freitag schon die Stromerzeuger ausverkauft. Filialleiter Sven Milli erklärte gegenüber ERR:

"Die Premierministerin ist eine große Verkäuferin. Wir haben heute mehr als 100 Stromgeneratoren verkauft. Das ist mehr als in den letzten vier Monaten zusammen. Das zeigt, dass die Menschen sehr schnell auf die Informationen der Ministerpräsidentin reagiert haben."

Nach Angaben des Portals sind die estnischen Bürger beim Kauf von Trockennahrung, Tierfutter, Körperpflegeprodukten, Taschenlampen und Batterien aktiver geworden. Vaido Padumäe, Geschäftsführer der Einzelhandelskette Rimi, stellte fest:

"Heute haben wir in bestimmten Produktgruppen einen Anstieg der Verkäufe festgestellt. Der Absatz von Trockennahrung, Tiernahrung, Toilettenpapier und Hygieneprodukten stieg um zehn Prozent."

11:55 de.rt.com: **Weißrussland verhängt vorübergehendes Verbot von Getreideexporten**

In Weißrussland wurde ab dem 24. September ein sechsmonatiges Ausfuhrverbot für Getreide verhängt. Dies geht aus einer Entscheidung des Ministerrats des Landes hervor, die am Samstag auf dem nationalen Rechtsportal veröffentlicht wurde.

Die Liste der für die Ausfuhr verbotenen Getreidesorten umfasst Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Hirse, Buchweizen, Hafer und andere Getreidearten – insgesamt 19 Stück.

nachmittags:

12:18 de.rt.com: **LVR-Beamtin: Einwohner nehmen trotz Beschusses an Volksabstimmung teil**

Die Bewohner der Lugansker Volksrepublik (LVR) verlassen ihre Luftschutzräume und gehen unter Beschuss zu den Wahllokalen, um ihre Stimme für den Beitritt zur Russischen Föderation abzugeben. Das teilte Anna Soroka, Beraterin des LVR-Chefs, am Samstag gegenüber [TASS](#) mit. Sie erklärte:

"Der Glaube an die Zukunft, der Glaube und die Hoffnung, dass unsere Kinder und Enkelkinder in einem großen, hellen, freundlichen Staat leben werden, unter dem Schutz vor

allem der großen russischen Armee, des russischen Soldaten, für den die Grundsätze der Moral und der Menschlichkeit das Wichtigste sind, ist der motivierende Faktor, der die Menschen dazu bringt, aus den Kellern zu kommen, unter Beschuss zu gehen und ihre Stimme für ihren geliebten Staat Russland abzugeben."

12:31 de.rt.com: **Sacharowa: Es gelingt dem Westen nicht, Russlands Isolation in der UNO vorzutäuschen**

Isolation oder "Isolation"? Die Anzahl an Terminen der russischen Delegation bei der UN-Generalversammlung in New York sei enorm. Das schließe jegliche Isolierung Russlands auf der internationalen Bühne aus, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa macht sich über die Versuche westlicher Länder lustig, eine "Isolierung" Russlands auf der Generalversammlung in New York zu inszenieren. Auf ihrem Telegram-Kanal postete sie Bilder von einem herzlichen Treffen zwischen dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und seinem Amtskollegen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und kommentierte:

"Heute war die Isolation besonders schmerzhaft. Wir haben mit einem Dutzend unserer Freunde und Kollegen auf sie gewartet, aber sie ist trotzdem nicht gekommen."

In der Sendung "Abend mit Wladimir Solowjow" des Fernsehsenders Rossiya 1 hat sich Sacharowa bereits zu den Versuchen geäußert, Russland in der UN-Generalversammlung zu "isolieren". Sie sagte, dass der Terminplan von Lawrow in New York das völlige Scheitern solcher Versuche zeige.

"Isolation bedeutet ein Laufmarathon der Termine, das wissen wir schon. Wir haben bloß keine Zeit, die Fähnchen auf dem Tisch unserer Gäste, Partner und Freunde, die zu Verhandlungen kommen, zu wechseln", bemerkte sie und erklärte, dass die Verhandlungen in verschiedenen Formaten stattfänden, sowohl bilateral als auch multilateral. "Diese ganze Isolationsgeschichte, das Verbot, Fotos mit Lawrow zu machen, ist schon lange gescheitert und die Generalversammlung ist ein weiterer Beweis dafür", so Sacharowa.

Die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita hatte bereits Mitte September darauf hingewiesen, dass von einer internationalen Isolierung Russlands keine Rede sein kann – auch wenn die westlichen Länder dies gerne hätten. In einem [Kommentar](#) zum Gipfeltreffen der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit hatten die Journalisten der Zeitung festgestellt:

"Von einer weitreichenden Isolierung Russlands kann keine Rede sein, denn trotz des Ukraine-Konflikts stehen viele erfahrene Staats- und Regierungschefs der Welt mit Russland in Kontakt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ebfd6b480cc59a34d5cdc.jpg>

12:51 de.rt.com: **EU-Ratspräsident plädiert für Ausstellung von Visa für diejenigen, die sich der Teilmobilisierung in Russland entziehen**

Der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, hat die Initiative unterstützt, Russen, die sich der Teilmobilisierung entziehen, humanitäre Visa zu erteilen. Seine Worte werden in einem Interview zitiert, das am Freitag in der Zeitung Politico veröffentlicht wurde. Michel erklärte: "Ich stimme der Idee zu, dass wir sehr schnell interagieren und koordinieren müssen, denn diese teilweise Mobilisierung ist eine neue Tatsache."

Der Politiker fügte hinzu, er sei offen für Konsultationen mit seinen EU-Kollegen, wie die Initiative umgesetzt werden könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632eb73a48fbef7e0c2e50be.jpg>

Charles Michel

13:08 de.rt.com: **Zivilist unter Beschuss durch ukrainische Truppen im Zentrum von Donezk getötet**

Nach dem Beschuss des Stadtteils Woroschilowski im Zentrum von Donezk durch ukrainische Truppen ist ein Zivilist ums Leben gekommen. Dies teilte der Territoriale Verteidigungsstab der Volksrepublik Donezk (DVR) mit.

Die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine berichtete zuvor von einem Beschuss von Donezk mit Granaten des NATO-Kalibers 155 Millimeter.

Ein solches Geschoss soll [laut](#) dem Bürgermeister von Donezk, Alexei Kulemsin, in ein Wohnhaus im Woroschilowski-Viertel eingeschlagen sein. In der selben Gegend [seien](#) zwei Zivilisten verletzt worden, so der Territoriale Verteidigungsstab.

13:34 de.rt.com: **Philippinen führen Gespräche über Import von Treibstoff und Düngemitteln aus Russland**

Die Philippinen führen derzeit Gespräche über den Kauf von russischem Treibstoff und anderen Gütern im Einklang mit ihren nationalen Interessen. Dies [berichtete](#) der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. am Samstag in einem Interview mit Bloomberg. Er erklärte:

"Wir brauchen neue Kraftstoffquellen. Und das gilt nicht nur für Treibstoff, sondern auch für Futtermittel, Dünger und andere Produkte, die für uns wichtig sind."

Der Präsident sagte, dass angesichts der Anti-Russland-Sanktionen die politische Seite des Themas zwar ein wenig heikel sei, aber dennoch die nationalen Interessen an erster Stelle stünden. Er fügte hinzu, dass das Land kurz vor dem Abschluss von Abkommen mit Russland und anderen Ländern stehe.

Marcos zufolge können sich die Philippinen nicht mehr auf die traditionellen Lieferanten verlassen und verhandeln daher mit Russland und anderen Ländern. Dies werde dazu

beitragen, das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu diversifizieren und die Preise niedrig zu halten. Die philippinische Regierung behalte die Preise im Lande genau im Auge. Der Präsident fügte hinzu:

"Wir können nicht zulassen, dass [die Preise] so weit steigen, dass die Menschen einfach keine Lebensmittel mehr kaufen oder ihre Strom- oder Wasserrechnungen nicht mehr bezahlen können."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632ea3ce48fbef7e0c2e50af.jpg>

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr.

13:51 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium ernennt neuen Vize-Verteidigungsminister für logistische Unterstützung der Streitkräfte**

In der Führungsetage des russischen Verteidigungsministeriums ist es zu einem Wechsel gekommen. Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für das Nationale Verteidigungsmanagement, wurde zum stellvertretenden Verteidigungsminister für die logistische Unterstützung der russischen Streitkräfte ernannt. Dies teilte die Behörde am Samstag mit.

Das Ministerium fügte hinzu, dass Armeegeneral Dmitri Bulgakow, der diesen Posten zuvor innehatte, aufgrund einer Versetzung in eine andere Funktion von diesem Posten entbunden wurde.

Misinzew war seit Dezember 2014 als Leiter des russischen Zentrums für das Nationale Verteidigungsmanagement tätig.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632ee08648fbef66ec7b5a39.jpg>

Michail Misinzew

14:03 de.rt.com: **Gruppe von ukrainischen Saboteuren in Geländewagen im Gebiet Saporoschje neutralisiert**

Ukrainische Saboteure, die versuchten, die Frontlinie zu durchbrechen, wurden im Gebiet Saporoschje eliminiert. Das erklärte das Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung von Saporoschje, Wladimir Rogow, gegenüber dem Sender Solowjow Live. Er berichtete: "Gestern gab es noch einen Durchbruchversuch durch eine Sabotage- und Aufklärungsgruppe. Sie durchbrachen die Kontaktlinie in zwei Geländewagen in der Nähe von Pologi und fuhren in Richtung Rosowka, wurden aber gefunden und neutralisiert." Der Leiter der Gebietsverwaltung Jewgenij Balizki gab die Entdeckung der Saboteure am Vortag bekannt. Ihm zufolge trugen die Saboteure die Uniform der Russischen Nationalgarde und schossen auf ein Auto.

14:13 de.rt.com: **Ukrainische Hacker greifen russisches Zahlungssystem Mir an**

Nicht nur die USA greifen das russische Mir-Zahlungssystem an – mit Sanktionen gegen ausländische Banken, die mit Russland zusammenarbeiten. Auch ukrainische Hacker seien mit starken Angriffen unterwegs, berichtet die Zeitung "Kommersant". Nachdem bekannt geworden war, dass sich einige russlandfreundliche Länder auf Druck der USA weigern könnten, mit dem Zahlungssystem Mir zusammenzuarbeiten, haben ukrainische Hacker einen groß angelegten DDoS-Angriff auf das System gestartet, berichtet die Zeitung [Kommersant](#). Sie erklärt: "Ukrainische IT-Aktivisten führen einen DDoS-Angriff auf das russische Zahlungssystem Mir und seinen Betreiber, das Nationale Zahlungskartensystem, durch. Die Angriffe werden unter anderem über Chatrooms pro-ukrainischer Aktivisten koordiniert, wie der 'Kommersant' herausgefunden hat. Hacker erzeugen insbesondere mit Hilfe von Browsern oder primitiven DDoS-Tools Datenverkehr auf den Systemen, um die Zahlungsabwicklung und den Terminalbetrieb zu stören. Die Informationen über den Beginn der Angriffe wurden von den Gesprächspartnern des 'Kommersant' auf dem russischen Cybersicherheitsmarkt bestätigt." Derzeit sei zu erwarten, dass die Angreifer mit DDoS-Angriffen auf das Zahlungssystem erfolgreich sein werden, sagte eine Quelle in einem Unternehmen der Branche dem Kommersant – die Risiken seien "mehr als ernst". In diesem Fall sei mit einem kompletten Ausfall der Kartenerfassung zu rechnen, der bis zu mehreren Stunden dauern könne. Nach Angaben der Zeitung reagierte die Zentralbank nicht auf eine entsprechende Anfrage, und auch das Nationale Zahlungskartensystem lehnte eine Stellungnahme ab. Die vom Kommersant befragten Banken stellten jedoch fest, dass "die Angriffe seit dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine nicht aufhören".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632edbf9b480cc5cb22716f7.jpg>

14:42 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Bis zu 300 ausländische Söldner im Gebiet Nikolajew getötet**

Russische Truppen haben bei einem Sondereinsatz infolge eines Raketenangriffs im Gebiet Nikolajew bis zu 300 ausländische Söldner getötet. Das teilte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Samstag laut [TASS](#) mit. Er erklärte:

"Bei einem Raketenangriff auf ein vorübergehendes Aufmarschgebiet ausländischer Söldner in der Nähe des Dorfes Kalinowka im Gebiet Nikolajew wurden bis zu 300 Kämpfer ausgeschaltet."

15:05 de.rt.com: **NGO: Mehr als 2,1 Millionen Fakes über Teilmobilisierungen und Referenden registriert**

Die NGO "Liga für ein sicheres Internet" hat in den letzten Tagen 1,5 Millionen Fakes über die Teilmobilisierungen in Russland und etwa 640.000 Falschmeldungen über die Referenden in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson aufgedeckt. Dies erklärte die Chefin der Organisation Jekaterina Misulina bei einem Briefing am Samstag. Sie stellte laut [TASS](#) ([automatische Übersetzung hier](#)) fest:

"Die Informationsangriffe haben sich verschärft, [seit dem 22. September] wurden 1,5 Millionen Fälschungen über Teilmobilisierungen und etwa 640.000 Fälschungen über Referenden verbreitet."

Ihrer Meinung nach werden die meisten Fehlinformationen aus der Ukraine, Estland, Litauen und Polen verbreitet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632ed4b848fbef7914647dfc.jpg>

15:27 de.rt.com: **Russische Luftabwehrkräfte schießen Bayraktar-TB-2-Drohne ab, die auf AKW Saporoschje zuflog**

Wie das russische Verteidigungsministerium am Samstag mitteilte, schossen die russischen Luftabwehrkräfte eine ukrainische Bayraktar-TB-2-Drohne über dem Kachowka-Stausee ab. Sie soll vom Bezirk Nikopol im Gebiet Dnepropetrowsk aus in Richtung des Atomkraftwerks Saporoschje geflogen sein.

15:48 de.rt.com: **Ukrainische Truppen feuern sieben weitere NATO-Granaten auf Donezk ab**

Die ukrainischen Streitkräfte haben erneut den Donezker Stadtteil Kiewski beschossen und dabei sieben Granaten des NATO-Kalibers 155 Millimeter abgefeuert. Das teilte die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der ukrainischen Kriegsverbrechen mit. Auf dem Telegram-Kanal der Vertretung [heißt](#) es:

"Es wurde ein Beschuss durch die ukrainischen bewaffneten Formationen um 14:20 Uhr (Moskauer Zeit) in der Gegend der Siedlung Orlowka und des Stadtteils Kiewski im Bezirk Donezk registriert: Sieben Granaten des Kalibers 155 Millimeter wurden abgefeuert."

Zuvor hatte die Stelle einen Beschuss des Gebiets mit NATO-Granaten um 14:00 Uhr gemeldet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632efed2b480cc58c755cf35.jpg>

Folgen ukrainischen Beschusses in Donezk

16:08 de.rt.com: **Ukrainische Armeebrigade verliert sieben Offiziere bei erfolgloser Offensive in der Donezker Volksrepublik**

Bei einer erfolglosen Offensive in der Volksrepublik Donezk hat eine Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte sieben Offiziere verloren. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium am Samstag mit. In einer Erklärung [hieß](#) es: "Bei einem erfolglosen Angriffsversuch der 10. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte am Frontabschnitt bei der Siedlung Berestowoje in der Volksrepublik Donezk wurden 48 ukrainische Soldaten, darunter sieben Offiziere, getötet. Vier gepanzerte Fahrzeuge wurden zerstört."

16:12 de.rt.com: **Besuch in Saudi-Arabien: Scholz trifft Kronprinz Mohammed bin Salman**

Nachdem es US-Präsident Biden nicht gelungen ist, Saudi-Arabien zu höheren Ölfördermengen zu bewegen, hofiert nun Bundeskanzler Scholz den saudischen Kronprinzen wegen des russischen Gaslieferstopps, um ihn umzustimmen.

Bundeskanzler Olaf Scholz ist zum Auftakt einer zweitägigen Reise am Samstag in Saudi-Arabien eingetroffen. In der Hafenstadt Dschidda traf er den Kronprinzen Mohammed bin Salman, der vom US-Geheimdienst für den brutalen Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul vor vier Jahren verantwortlich gemacht wird.

Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Renata Alt (FDP), hat Scholz zu einer klaren Positionierung während seiner Reise in die Golfstaaten aufgefordert. "So wichtig die Sicherung von Energielieferungen nach Deutschland ist, so wichtig ist auch die Einhaltung der Menschenrechte weltweit", sagte die FDP-Politikerin der Nachrichtenagentur AFP. "Man darf nicht über das eine verhandeln, ohne das andere anzusprechen."

Am Samstagabend reist Scholz weiter in die Vereinigten Arabischen Emirate und dann nach Katar. Beide Golfstaaten sind wie Saudi-Arabien wichtige Energie-Exporteure. Welche Verträge über die Lieferung von Gas oder – mittel- und langfristig – Wasserstoff aus der Region nach Deutschland abgeschlossen werden, blieb vor der Reise noch unklar. Aus dem Umfeld des Kanzlers hieß es: "Wir werden ambitionierte Vorschläge zum Abschluss bringen." Der Energiekonzern Uniper führt derzeit nach eigenen Angaben Gespräche mit Katar über mögliche LNG-Lieferungen. Inzwischen berichtet [Reuters](#), die deutschen Energieversorger

RWE und Uniper stehen kurz vor dem Abschluss "langfristiger Verträge" über den Erwerb von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus Katar, um russisches Gas zu ersetzen. Bei den Gesprächen hat es bislang Differenzen über die Laufzeiten der Verträge zur Lieferung von LNG gegeben, da diese Frage in engem Zusammenhang mit den Klimazielen der Bundesregierung steht. Die Verantwortlichen des Emirats haben auf Abnahmegarantien für mindestens 20 Jahre bestanden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ef751b480cc75f840e0d8.jpg>
Olaf Scholz besucht bin Salman am 24. September in Dschidda

16:40 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Datschen-Siedlung in der Nähe des AKW Saporoschje**

Russische Artillerie hat einen ukrainischen Artillerieangriff auf ein Feriendorf in der Nähe des Atomkraftwerks Saporoschje abgewehrt. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Samstag mit. Die Behörde erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Die ukrainische Artillerie beschoss die Datschen-Siedlung Wolna, die sich in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks befindet. Der Beschuss mit insgesamt zehn Granaten erfolgte aus der Gegend des Ortes Marganez im Gebiet Dnepropetrowsk. Das Gegenfeuer der russischen Artillerie unterdrückte die Feuerkraft des Feindes."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632ee6aab480cc58c755cf26.jpg>
AKW Saporoschje

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 24. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiterhin vorrangige Maßnahmen zur Wiederherstellung des sozialen und humanitären Bereichs durch.

In 40 befreiten Siedlungen wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

In Mariupol und Wolnowacha wird daran gearbeitet, Kommunikationseinrichtungen zu in Betrieb zu nehmen, Teilnehmer werden an das Telekommunikationsnetz angeschlossen. Mehr als 5.400 Personen wandten sich an Gesundheitseinrichtungen.

Das Staatsunternehmen "Donbassgas" stellte die Lieferung von Flüssiggas nach Wolnowacha sicher - 24 Flaschen. In Wolnowacha, Mariupol und Luganskoje werden die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem fortgesetzt.

Die Rettungs- und Bergungsarbeiten an den Umspannwerken "Mirnaja" und "Asowskaja" sowie den Hochspannungsleitungen "Starobeschewskajaa-Kraftwerk - Asoeskaja Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3" werden fortgesetzt.

Bewaffnete Formationen der Ukraine beschießen weiterhin Energieversorgungsanlagen der Volksrepublik Donezk. Infolge von Beschuss bleiben Industriebetriebe, soziale Einrichtungen und Haushaltsteilnehmer stromlos.

Ukrainische Kämpfer griffen gezielt die Energieinfrastruktur an, um eine humanitäre Katastrophe im Donbass zu verursachen. Auch in jenen Siedlungen, die während einer militärischen Spezialoperation befreit wurden, richtete der Feind enorme Schäden am Stromversorgungssystem an.

Dennoch ergreifen Energietechniker der Volksrepublik Donezk alle notwendigen Maßnahmen, um Reparatur- und Wiederherstellungsarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken rechtzeitig durchzuführen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiterhin das Passregime und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Siedlungen.

Bei Erhalt von Hinweisen auf verdächtige Personen und mögliche rechtswidrige Handlungen wenden Sie sich bitte umgehend an die Telefonnummern des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR.

17:10 de.rt.com: **Polen bekräftigt sein Nein zur Aufnahme russischer Kriegsdienstverweigerer**

Warschau will keine Russen aufnehmen, die vor einer möglichen Einberufung für die russische Spezialoperation in der Ukraine fliehen wollen. Das bekräftigte Außenminister Zbigniew Rau am Samstag in einem Interview mit der polnischen Nachrichtenagentur PAP. Auf die Frage, ob Polen es Russen erleichtern sollte, sich dem Militärdienst zu entziehen, antwortete Rau mit klarer Ablehnung.

Sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus moralischer Sicht sei es "höchst unratsam", eine größere Zahl an Russen aufzunehmen. Auch andere Nachbarn Russlands, etwa die baltischen Staaten und Finnland, teilten Polens Haltung, dass Kriegsdienstverweigerung allein kein ausreichender Grund sei. Rau betonte:

"Wir haben beschlossen, die derzeitige Erteilung von Visa an Bürger der Russischen Föderation einzustellen und damit die Touristenvisa abzuschaffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f087cb480cc509350ba01.jpg>

Zbigniew Rau

17:40 de.rt.com: **"Ein bedeutsamer Tag ist gekommen" – Die Volksabstimmung zum Russlandbeitritt beginnt**

Geflüchtete Bürger der Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) sowie die Einwohner der Gebiete Cherson und Saporoschje haben am Freitag in Tscheljabinsk und Sewastopol im Rahmen des Referendums über den Beitritt zu Russland [abgestimmt](#). Die lokalen Regierungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje hatten Anfang der Woche bekannt gegeben, dass die Abstimmung vom 23. bis 27. September stattfinden wird.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte am Mittwoch, er sei bereit, die getroffenen Entscheidungen zu unterstützen, da sein Land bereit sei, "ein sicheres Umfeld zu schaffen" und die Bevölkerung "ihren Willen zum Ausdruck bringen" zu lassen.



<https://thumbs.odycdn.com/97dc63017de60b931a32e1f15895ae6d.webp>

abends:

18:15 de.rt.com: **Russisches "allsehendes Spionageflugzeug" soll nun in der Ukraine unterwegs sein**

Die russische Armee hat ein Aufklärungsflugzeug des Typs Tu-214R getestet, um in ukrainische Militäranlagen einzudringen, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf eine "informierte Quelle".

Ein Gesprächspartner der Agentur erklärte:

"Dieses Flugzeug ist in der Lage, die Koordinaten und den Typ von militärischen Einrichtungen verschiedener Klassen, darunter Radarstationen, Gefechtsstände, Kommunikationsknoten, Konvois mit militärischem Gerät und andere zu identifizieren und unverzüglich an die Gefechtsstände am Boden zu übermitteln."

Das Modell Tu-214R basiert auf dem zivilen Verkehrsflugzeug Tu-214 und benötigte fast zehn Jahre, um entwickelt und in den Dienst gestellt zu werden. Eines der Aufklärungsflugzeuge war an der russischen Militäroperation in Syrien beteiligt. In den russischen Medien wurde die Tu-214R bereits im Jahr 2016 als "allsehendes Spionageflugzeug" bezeichnet. So schrieb die Gazeta.ru:

"Die Tu-214R ist mit einem Multifrequenz-Luftfahrtradar-Fernerkundungssystem ausgestattet. Dieser Komplex verleiht dem Flugzeug besondere Fähigkeiten, um bei allen

Bedingungen zu sehen, sogar im Untergrund."



[https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f1342b480cc58936e4980.jp](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632f1342b480cc58936e4980.jpg)

g

Passagierflugzeug Tu-214

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.09.2022 um 19.30 Uhr

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen der Repräsentanz der DVR im GZKK **mehr als 210 Geschosse** aus HIMARS-Mehrfachstartraketensystemen, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152 sowie 120-mm Mörsern **abgefeuert**.

Das Feuer wurde 10 Ortschaften der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses wurden **ein Zivilist getötet und 7 verletzt**.

31 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und die Schäden an der Infrastruktur werden noch gesammelt.

Die Arbeiten zur Räumung von Antipersonenminen PFM-1 „Schmetterling“ (PFM-1S) werden fortgesetzt. Wir bitten Sie, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:40 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Energodar mit Artillerie**

Die ukrainischen Truppen haben die Stadt Energodar im Gebiet Saporoschje am Samstagnachmittag beschossen. Das teilen die Behörden der Stadt mit. Laut [RIA Nowosti](#) erklärte die Stadtverwaltung:

"Die ukrainischen Nationalisten haben das Artilleriefeuer auf die Stadt Energodar eröffnet! Die Verwaltung meldet vier Einschläge im Stadtgebiet, wir fordern die Bürger auf, sich an einen sicheren Ort zu begeben und sich an die Sicherheitsregeln zu halten."